

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: „Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 299.

Donnerstag, 27. Dezember 1906, abends.

59. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Stetigjähriger Bezugspreis bei Abnahme in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Koffer frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der hiesig. Postanstalten 1 Mark 45 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnementen werden angenommen. Einzelgenummern für die Nummer des Ausgabetales 15 Pfg. am Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethe-Strasse 59. — Für die Redaktion verantwortlich: A. Renger in Riesa.

## Reichstagswahl betreffend.

Die Listen der bei der am 25. Januar 1907 stattfindenden Reichstagswahl in hiesiger Stadt zum Wählen berechtigten Personen sind aufgestellt worden und liegen im hiesigen Einwohner-Meldeamt, Zimmer No. 14, zu jedermanns Einsicht aus.

Die Auslegung beginnt am 28. dieses Monats. Einsprüche gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach Beginn der Auslegung — spätestens bis zum 5. Januar 1907 — bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder mündlich unter Angabe der Beweismittel anzubringen.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 27. Dezember 1906. Schr.

## Vertilches und Sächsisches.

Riesa, 27. Dezember 1906.

— Tagesordnung zur Sitzung des Stadtraths am Sonntag, den 29. Dezember 1906, nachmittags 6 Uhr. Fortsetzung der Beratung des Haushaltsplanes der Stadt, Armen- und Schulkasse für das Jahr 1907. Restantenregulativ, Geschäftliches. Ratsherrn: Herr Bürgermeister Dr. Dehne, Herr Stadtrat Ayer, Herr Stadtrat Berg, Herr Stadtrat Bretschneider, Herr Stadtrat Waschki, Herr Stadtrat Synel, Herr Stadtrat Pieschmann.

— Der König hielt heute in Jahnishausen-Oelsitz eine Hasen- und Hasenjagd ab. Zum ersten Male nahm der Kronprinz als Schütze an der Jagd teil. Der königliche Extrazug passierte unsere Station früh 8,49 auf der Hinfahrt und nach 4,2 auf der Rückfahrt. Ankunft und Abfahrt erfolgte in Ritzsch.

— SS König Friedrich August hat abermals aus Anlaß des Weihnachtstages 28 Strafgefangenen die Freiheit geschenkt. Am Weihnachtsabend wurden die Begnadigten aus den Gefängnissen entlassen und konnten somit noch das Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien feiern.

— Winter uns liegen wieder einmal die von jung und alt ersehnten Weihnachtstfeiertage mit ihrem wochenlang vorher sich geltendmachenden Vorbereiten und Hasten. Weiße Weihnachten bescheerte uns diesmal die Natur. Am ersten Feiertage fielen die Schneeflocken in dichter Menge und überzogen Flur und Wald mit einer neuen blendweißen Decke. Der zweite Feiertag wartete dagegen mit prächtiger Winterwetter auf. Die Sonne bescheerte das winterliche Bild und lockte aus der warmen Stube in das Freie. Die Eisbahnen mit ihren spiegelglatten Flächen belebten Sportfreunde und auf den Wegen nach den Ausflugsorten der Umgebung gewahrte man viele Spaziergänger. Die Feiertagsereignisse in den Sälen waren durchgängig gut besucht und überall suchte man die Ersehnten angenehm zu unterhalten. Diejenigen, die aus irgend einem Grunde die Festfreude nicht im Vergnügen zu suchen vermochten, feierten das Weihnachtsfest im trauten Familienkreise. Für alle aber wurde es jedenfalls das, was es sein sollte: Ein Fest der Liebe!

— Eine zweite kleinere Gasexplosion, die keinen wesentlichen Schaden anrichtete, doch eine Person im Gesicht und an den Händen verletzte, erfolgte am Montagabend noch in dem Abort eines Hauses der Hauptstraße.

— Betreffs der Reichstagswahlkandidatur des Professors der Philosophie an der Universität Jena Herrn Dr. Dinger schreibt man uns noch folgendes: Der konservative Kandidat Dr. Dinger ist ein Vertreter der freiesten und unabhängigsten unter allen wissenschaftlichen Disziplinen und durch eigene Arbeit und selbständiges Nachdenken zu der Einsicht gekommen, daß die konservative Weltanschauung zeitgemäß ist und den veralteten linksliberalen Ansichten, die eine vergangene Ära zuweilen noch in Glorie erscheinen lassen, entgegenwirken muß. Unsere Gesamtkultur ist eine christliche, und das Christentum ist einer der wichtigsten Wertfaktoren im deutschen Volksleben. Dr. Dinger steht daher auf positiv christlichem Standpunkte, fordert aber religiöse Freiheit wie auch persönliche Freiheit in der Wissenschaft, sowie einer der vornehmsten Grundzüge unserer Kultur, der vollständigen Glaubens- und Verfassungsfreiheit zu fordern. Die konstitutionelle Monarchie ist nach Überzeugung unserer Kandidaten für uns die beste Regierungsform, und was das Wahlrecht betrifft, so muß das Reichswahlrecht bleiben, wie es ist, nämlich ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes. Herr Dr. Dinger steht auf dem optimistischen Standpunkte, das deutsche Volk könne sich auch bei dem jetzt bestehenden Wahlrecht aufrufen und einen Reichstag schaffen, dessen Mehrheit eine entschieden deutschnational gesinnte ist, die die deutsche Nationallehre aufrecht erhält und nicht denen Gelegenheit zur Schaden-

freude gibt, die die Machtstellung des Deutschen Reiches nur mit Neid betrachten und sie zerstören möchten. Eine Aenderung des Reichstagswahlrechts, das zwar, wie alle menschlichen Einrichtungen, seine Mängel aufweist, würde eine Aenderung der Reichsverfassung bedeuten und — in welcher Weise soll geändert werden? Alle bisher zu Tage getretenen Vorschläge führen, wenn sie ausgeführt werden sollten, zu Unzufriedenheit. Die Aenderung des sächsischen Wahlgesetzes hat der Sozialdemokratie bedeutende Hilstruppen zugeführt. Ein Wahlrecht, das zur Geldherrschaft, zur Herrschaft weniger über viele führt, ruft Mißbehagen hervor; auch der Vorschlag, der Wert der Stimmen müsse nach der Intelligenz der Wähler bemessen sein, führe zu Erbitterung; denn niemand könne den Grad der Intelligenz der verschiedenen Wähler, die sich doch sämtlich für intelligent halten, richtig abmessen. Die Aufgabe, ein Wahlrecht zu finden, das sämtliche Wähler befriedigt, gleicht der Quadratur des Kreises, und die Richtigkeit der pessimistischen Ansicht, man könne sich der Sozialdemokratie nur durch eine Aenderung des Wahlgesetzes erwehren, ist noch lange nicht erwiesen. Herr Dr. Dinger tritt dafür ein, daß das Deutsche Reich über eine starke Land- und Seemacht zu verfügen hat, die nach Maßgabe der verantwortlichen Ratgeber eingerichtet ist. Landwirtschaft und Industrie müssen im Deutschen Reich gleichen Schutz genießen. Schon um deswillen, daß die Landwirtschaft eine beachtenswerte Abnehmerin industrieller Erzeugnisse ist, muß sie kaufkräftig erhalten werden. Veraltet ist die alte Freihandelslehre, der Caprioli gebührt hat. Auch England geht immermehr zum Schutzzollsystem über. Auch die Industrie braucht Zollschutz; aber Rohprodukte, die wir nicht selbst erzeugen können, müssen mögliche Zollfreiheit genießen. Auch der ehrbare Handel ist zu schützen. Daher ist eine Reichswarensteuer anzustreben und das Konsumvereinswesen zu beschränken. Der Verfallung von Nahrungsmitteln und Genußmitteln muß wirksamer als bisher entgegengewirkt werden, und es dürfen nicht mehr sogenannte Handelsusancen irgend eine den Konsumenten nachteilige Manipulation rechtfertigen. Was die Erhaltung des ländlichen und städtischen alten Mittelstandes betrifft, so ist die Ansicht nicht richtig, das Rad der Zeit lasse sich nicht aufhalten. Haben wir nicht Willensfreiheit, um das Steuerrad unserer wirtschaftlichen Entwicklung so zu drehen, daß sie dem Wohle des gesamten Volkes Rechnung trägt? Unsere staatlichen Versicherungen müssen vereinfacht werden, so daß sie nicht mehr so hohe Kosten erheben, und die Krankenkassen dürfen nicht zu einträglichen Prüdeln für sozialdemokratische Parteifreunde benutzt werden. Den Verfallungsnachweis fordert Herr Dr. Dinger für verschiedene Branchen, insbesondere fürs Baugewerbe; dann kann auch dem Hauswandel, der vielfach als wahres Baugauertum hervorgetreten ist, entgegengewirkt werden. Die Versicherungsgesetze müssen auf sämtliche Angehörige des Mittelstandes ausgedehnt werden; aber es darf nicht alles über einen Kasten geschlagen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen den einzelnen Berufsgruppen angepaßt werden, was natürlich nicht vom grünen Tische aus gesehen kann. Auch die Bestimmungen, die das Heimatrecht betreffen, bedürfen einer Verbesserung. Die Sozialdemokratie behauptet, die Rot der Zeit lehre die Menschen denken. Daß Rot erfinderisch macht, hat man schon gewußt, bevor es eine Sozialdemokratie gab, und diese maskiniert die Individualitäten, so daß den sozialdemokratischen Gefolgschaften ein selbständiges Denken ganz unmöglich wird. Doch gibt es selbstdenkende Arbeiter, bei denen es jetzt tagt, und sie wenden sich daher den staatsrechtlichen Elementen zu. — Wir haben schon kürzlich darauf hingewiesen, daß Herr Dr. Dinger bereit ist, in Wählerversammlungen in der Stadt und auf dem Lande allen Wählern Gelegenheit zu geben, sich von seinen Ansichten und seiner

Fähigkeit persönlich zu überzeugen. Möge das in reichem Maße geschehen!

— Im Namen des Zentralvorstandes erläßt das Präsidium des Evangelischen Bundes folgende Rundgebung: „In entscheidungsvoller Zeit rufen wir unsere Mitglieder und Freunde zu getreuer und gewisser Pflanzenerfüllung auf! Was der Evangelische Bund seit Jahren warnend vorausgesagt hat, das ist eingetroffen. Auch die Reichsregierung hat den lähmenden Druck des übermächtigen Ultramontanismus als unerträglich erkannt. Die Auflösung des Reichstages mit ihrem beachtenswerten Vorzeichen, dem altentwässerten Nachweis ultramontaner Eingriffe in die Reichsverwaltung, und mit ihrem bedauerlichen Anlaß, der Kleinlichen Berweigerung notwendiger vaterländischer Schutzmaßnahmen stellt unser Volk vor eine wichtige und weitreichende Entscheidung. Drei Aufgaben erwachen uns! Wir müssen aufwachen! Als Bund treiben wir keine Politik. Politik wird nicht auf dem Boden der Konfession, sondern auf dem Boden der Nation gemacht. Aber wir wollen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gegen den Ultramontanismus auf der Wacht stehen. Deshalb gilt es jetzt, tatkräftig zu handeln. Viel zu viele haben bisher aus Unmut und Kleinmut ihre Stimme nicht in die Waagschale geworfen, jetzt ist es eines jeden unabweisbare Pflicht, sein Wahlrecht auszuüben. Je mehr entschlossene Männer können Hunderte zur Pflichterfüllung führen, darum soll niemand von uns am Entscheidungstage fehlen. Das ist das Erste: Wecket die Säulen auf! Wir müssen einigen! Wir treiben als Bund erst recht keine Parteipolitik. Wir haben Mitglieder fast sämtlicher Parteien in unseren Reihen. Umso mehr sind unsere Bundesmitglieder berufen, angesichts des großen Zieles, den unheilvollen Einfluß des Meritokratismus zu brechen, in ihren Parteien für die Einigung einzutreten und für die Überwindung des zerfallenden Fraktionsegoismus besonnen und kraftvoll einzutreten. Das ist das Zweite: Wir müssen einigen! Wir müssen kämpfen! Es handelt sich im Wahlkampfe nicht um konfessionelle, sondern um nationale Fragen. Wenn wir, ein deutsch-protestantischer Bund, in diesen Tagen dennoch zu entscheidenden Handeln aufrufen, so tun wir es als aufrichtige Freunde wahren konfessionellen Friedens. Das Haupthindernis des echten Friedens zwischen den Konfessionen ist die politische Vorherrschaft des Ultramontanismus, der die Religion zu politischen Zwecken mißbraucht. Ist erst der politische Ultramontanismus zurückgedrängt, dann können und werden wir mit unseren katholischen Mitbürgern in dem einen großen, deutschen Vaterhause einträchtig bei einander wohnen. Dann gibt es nur noch einen Streit der Konfessionen, den edlen Wettstreit mit den Gaben des Geistes und den Werken der Liebe. Das ist das Dritte: Der Kampf für den wahren Frieden! Auf denn zur Tat: Wider die unerträgliche Vorherrschaft des Ultramontanismus und wider Alles, was sie stärkt und mehrt.“

— Eine am 21. Dezember 1906 stattgefundene gemeinsame Versammlung der tariftreuen Buchdruckerelbischer der Kreisauptmannschaft Dresden beschloß, in Anbetracht der mit dem 1. Januar 1907 im Deutschen Buchdrucker-Tarif eintretenden Lohnerhöhung, der 1/2 stündigen Arbeitszeitverkürzung am Jahstage einer Woche und der sonstigen Steigerung der Materialpreise eine mindestens 10 prozentige Erhöhung der Druckpreise eintreten zu lassen.

— Ägypten und Palästina werden auch im Jahre 1907 des Ziel mehrerer Studienfahrten bilden. Die 20. Reise beginnt am 16. März in Genua und führt über Neapel, Korinth, Athen, Smyrna, Rhodos, Beirut, Damaskus, See Genesareth durch Galiläa nach Jerusalem, wo selbst die Teilnehmer während des Osterfestes weilen, und weiter nach Unter- und Oberägypten bis Luxor-Khuan. Wer nicht die ganze Tour mitmachen will, kann eine der im Programm vorgesehenen Teiltouren wählen. Die